

# Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.



**Regionalgruppe Essen**

c/o Heinz-W. Hammer

Holtener Straße 2, 45143 Essen

Tel. & Fax: 0201 – 62 26 30

[fg.essen@tele2.de](mailto:fg.essen@tele2.de)

[www.cubafreundschaft.de](http://www.cubafreundschaft.de)

Essen, d. 21.05.2011

An  
European External Action Service  
z.Hd. des Leitenden Direktor  
für die Beziehungen der EU zu Amerika  
Herrn Christian Leffler

B-1046 Brüssel

## ***Sehr geehrter Herr Leffler,***

wie wir erst jetzt erfahren haben, haben Sie sich am 18.03.2011 in Ihrer Funktion als der Leitende Direktor für die Beziehungen der EU zu den USA, in Madrid mit einer Gruppe von Cubanern getroffen. Wie der Presse zu entnehmen war, hat diese Gruppe im Rahmen des Gespräches gefordert, die Politik der EU gegenüber Cuba zu verschärfen und nicht auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Cuba hinzuwirken.

In diesem Zusammenhang müssen wir darauf hinweisen, daß es sich bei den cubanischen Gesprächspartnern um auf Cuba rechtskräftig verurteilte Straftäter, also schlicht um gewöhnliche Kriminelle handelt.

Bei diesen Gesprächspartnern handelt es sich nicht um Vertreter der cubanischen Bevölkerung bzw. von Auslandscubanern und sie verfügen über keinerlei demokratische Legitimation. Insofern sprachen Sie bei dem Gespräch ausschließlich für sich selbst und ihre Positionen stellen nur die einer verschwindend geringen Minderheit dar.

Wir kennen die Strategie der EU und auch der USA gegenüber Ländern der Dritten Welt, marginale Grüppchen zu sponsern und medial hochzupuschen, bis sie der eigenen Öffentlichkeit als »legitime Demokratiebewegung« präsentiert werden können, die ggf. in Form einer »Gegenregierung« auch um Waffenhilfe der sog. »Weltgemeinschaft«, also der NATO, bitten kann. Wir erleben dieses Szenario derzeit am Beispiel des UNO-Mitglieds Libyen. Cuba hat ein lehrbuchhaftes Beispiel dieser »Big Stick« - Politik selbst er- und siegreich überlebt, nämlich die US-Invasion in der Schweinebucht vor nunmehr 50 Jahren. Auch damals wurde genau diese Strategie praktiziert.

Wenn also seither die cubanische Revolutionsführung sehr kritisch auf solche Einmischungsversuche reagiert, so hat dies sehr reale und schmerzliche Gründe.

Aber auch wir als Freundinnen und Freunde Cubas reagieren sehr empfindlich darauf, wenn unsere nationalen oder supranationalen (EU-) Regierungen in unserem Namen eine solch gefährliche, neokolonialistische Politik betreiben.

Daher protestieren wir hiermit ausdrücklich gegen die o.g. und weitere Einmischungsversuche der EU-Bürokratie in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, insbesondere Cubas!

- Ø Wir fordern Sie dazu auf, stattdessen endgültig und unwiderruflich den sog. »*Gemeinsamen Standpunkt der EU*«, der z.Zt. nur »ausgesetzt« ist, unwiderruflich zu entsorgen und mit der cubanischen Regierung auf Augenhöhe und ohne europäische Arroganz oder Drohungen in den diplomatischen Dialog über die beide Seiten interessierenden Angelegenheiten zu treten – so wie es zwischen gleichberechtigten Staaten im 21. Jahrhundert üblich sein sollte.
- Ø Wir fordern Sie weiterhin dazu auf, sich in Ihrer Funktion als der Leitende Direktor für die Beziehungen der EU zu den USA bei der US-Administration unter dem Friedensnobelpreisträger Obama intensiv dafür einzusetzen, dass die seit 1998 unrechtmäßig in US-Hochsicherheitsgefängnissen inhaftierten Cubaner *René González, Ramón Labañino, Antonio Guerrero, Fernando González und Gerardo Hernández*, weltbekannt unter dem Gruppennamen »MIAMI 5«, unverzüglich freigelassen werden!
- Ø Wir fordern Sie dazu auf, sich in Ihrer Funktion als der Leitende Direktor für die Beziehungen der EU zu den USA bei der US-Administration unter dem Friedensnobelpreisträger Obama intensiv dafür einzusetzen, dass nicht nur das Folterlager Guantánamo endlich geschlossen, sondern der komplette, gegen den Willen des cubanischen Volkes und seiner Regierung, gegen das Völkerrecht betriebene US-Stützpunkt auf cubanischem Territorium komplett geschlossen wird!

Sie sehen, Herr Leffler, es besteht durchaus großer Handlungsbedarf für die EU in Bezug auf Cuba. Dieser muss jedoch den Pfad der unerträglichen Bevormundung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates verlassen und sich auf den Weg des Völkerrechts machen.

Es gibt also für Sie durchaus viel zu tun und wir sehen Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.

Mit freundlichem Gruß

***Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.  
Regionalgruppe Essen  
i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender***

